



Ukraine, Griechenland, Flüchtlinge, Euro: Krise auf Krise hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Jahr zu bewältigen – stets mit einem kühlen Kopf und dem Willen, Führung zu übernehmen, wie das amerikanische „Time“-Magazin urteilte und die CDU-Chefin deshalb zur „Person des Jahres“ kürte. DPA-FOTO: FR Bericht Seite 4

Nötiger Erfolg



Arno Schupp zur Regierungserklärung

Die Vorschläge für einen neuen Länderfinanzausgleich sind ein wichtiger Etappensieg für Bremen und für Bürgermeister Carsten Sieling. Und der war auch dringend nötig. Carsten Sieling brauchte ein Signal – an seine Partei, an die rot-grün Regierungskoalition und besonders an die Stadt. Denn als starker Mann an der Spitze konnte sich Bremens neuer Bürgermeister bisher nicht profilieren.

Die ersten Monate seiner Amtszeit waren geprägt von Zänkereien zwischen SPD und Grünen, von dem Reinfall mit dem einstigen Prestige-Projekt City-Center, für das sich dann doch kein Investor fand, und von einem langen Gezerre um den OTB. Hier hätte Sieling auf den Tisch hauen können. Tat er nicht.

Schon wurde Carsten Sieling mit seinem Amtsvorgänger Jens Böhrnsen verglichen. Böhrnsen war ruhig, eher unauffällig. Immer wieder wurde gefragt, ob Böhrnsen nach außen anders aufträte als nach innen, ob er die Interessen Bremens gegenüber dem Bund und den anderen Ländern mit dem nötigen Nachdruck vertrete. Auch bei Carsten Sieling hat man sich das gefragt. Da kommt die Einigung zum Länderfinanzausgleich gerade recht. Und auch die Debatte in der Bürgerschaft.

Carsten Sieling hat sie wohl gesetzt. Sein Instrument dazu ist die Regierungserklärung. Drei hat er bisher gehalten. Die erste im Juli kurz nach seinem Amtsantritt. Die zweite im September zur Flüchtlingsproblematik, die dritte jetzt zu den Länderfinanzen.

Sieling besetzt nach und nach Themen, und er bestimmt den Zeitpunkt, zu dem sie diskutiert werden. Das ist clever. Und das brachte ihm zumindest an diesem Mittwoch in der Bürgerschaft Applaus. Allerdings ist das kein Gradmesser. Es winkt mehr Geld, was sollte man dagegen sagen? Dass sich da die Reihen schließen, ist kaum verwunderlich. Es werden die kleinen Debatten sein, an denen sich Sielings Erfolge messen lassen werden. Denn bei der knappen Mehrheit für Rot-Grün muss er jeden überzeugen. Auch ohne Geld. arno.schupp@weser-kurier.de

Sieling will Bremen auf Sparkurs halten

Regierungserklärung zu Bund-Länder-Finzen: Weitere „harte Jahre“ trotz Hoffnung auf Hunderte Millionen

VON FRAUKE FISCHER

Bremen. „Gemeinsam die Selbstständigkeit Bremens sichern!“ Unter dieser Überschrift hat Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) am Mittwoch eine Regierungserklärung zum Länder-Entwurf über die Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen (wir berichteten) abgegeben. Sein knapp halbstündiger Vortrag in der Bürgerschaft, in dem er die Einzelheiten des ausgehandelten Kompromisses mit den erhofften Vorteilen für Bremens Haushaltslage darlegte, war der Auftakt für eine lebhaft debattierte Bürgerschaftsdebatte. Sieling warb zudem für fraktionsübergreifende Einigkeit zum Wohle des Stadtstaates.

Noch vor den im März 2016 anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt wolle man mit Bund und Ländern „in den zentralen Fragen entscheidende Ergebnisse erzielen“, so der Bürgermeister. Die Gesetzgebung solle dann bis zur Bundestagswahl 2017 abgeschlossen werden.

Auch die Bürgerschaftsabgeordneten der Oppositionsparteien sollten sich auf Bundesebene für eine positive Haltung

zum Länder-Entwurf stark machen, appellierte Sieling an die Parlamentarier.

Vor allem die Einstimmigkeit, mit der die Länderchefs und -chefinnen sich in der vergangenen Woche auf einen gemeinsamen Vorschlag zur Neuordnung der Bund-Länder-Finzen verständigt hatten, hob Sieling hervor. Sie habe „einen enorm hohen Wert“, versicherte Bremens Bürgermeister. Er betonte auch mit Blick auf den Bund, dass die im Entwurf verankerten Hilfen und Entlastungen für Bremen in Höhe von rund 500 Millionen Euro nicht als milde Gabe des Bundes gedeutet werden dürften. Die Gelder „gehören den Bürgerinnen und Bürgern“, sagte er. Mehrfach betonte er zudem die Verpflichtung Bremens zu weiterem Sparen. Man wolle die Eigenanstrengungen zur Sanierung fortsetzen. Die „harten Jahre würden nicht in die Phase eines Paradieses“ überführt. So bleibe man „vorsichtig mit Worten und Ausgabenplanungen“. Ausdrücklich bezog Sieling die grüne Finanzsenatorin Karoline Linnert in diese Haltung mit ein und betonte: „Das Geld ist noch nicht auf dem Konto.“

Das Wörtchen „wenn“ spielte sowohl in Sielings Erklärung als auch in den Entgeg-

nungen der Abgeordneten eine wichtige Rolle. So hängen die ab dem Jahr 2020 höheren Hilfen und ausgehandelten Ausgleichszahlungen für Bremen bekanntlich nicht zuletzt daran, dass das Zinsniveau niedrig bleibt, Wirtschaft und Einnahmen der öffentlichen Hand dagegen wachsen.

Dabei machten Sieling sowie Abgeordnete von SPD und Grünen keinen Hehl daraus, dass sie sich anstelle des jetzigen Vorschlags einen Altschuldenfonds zur Entlastung gewünscht hätten. Der SPD-Finanzexperte Arno Gottschalk deutet den Entwurf der Länder als „möglichen Ersatz“ dafür. Er könne ebenfalls die Zinsbelastung reduzieren und Bremen vor Zinserhöhungen absichern helfen, weil die Länder künftig zu günstigen Konditionen des Bundes Geld leihen wollen, so der Vorschlag.

Für die CDU-Fraktion äußerte sich deren finanzpolitischer Sprecher Jens Eckhoff zur Regierungserklärung und dem Länder-Vorschlag. Dass die besondere Wertung der Stadtstaaten erhalten bleibe, stelle sicher, dass die Stadtstaaten ihre überregionalen Aufgaben erfüllen könnten. Positiv sei auch, dass die Entfristung entfalle. Frühestens im Jahr 2030 sei es laut Entwurf

möglich, über dessen Änderung zu reden. Eckhoff sagte aber auch: „Es ist ein Geschäft zulasten Dritter.“ Die Länder hätten ab 2020 mehr Geld in der Kasse, der Bund weniger.

Aus Sicht des Linken-Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp ist es „widersinnig“, bis 2019 im Haushalt weitere Kürzungen vorzunehmen, wenn man wisse, dass man danach mehr Geld bekomme.

Für Sieling war es die dritte Regierungserklärung. Ein Instrument, das er bewusst einsetze, meint Lothar Probst. „Er ist damit proaktiver als sein Vorgänger. Er will Themen besetzen und mit seiner Person verknüpfen“, sagt der Bremer Politikwissenschaftler. Sieling, der sich bereits als Bundestagsabgeordneter mit finanzpolitischen Fragen beschäftigte, „beansprucht hier Kompetenz“, so Probst. Regierungserklärungen beförderten kontroverse Debatten, „aber wenn es um die Selbstständigkeit Bremens geht, sind die Differenzen natürlich nicht so groß“. Er sieht für den Vorschlag der Länder große Chancen auf Zustimmung vom Bund. Es sei bemerkenswert, dass die Länder sich „mit einer Stimme“ äußerten. Bericht Seite 9

Weil: Kontingent für Flüchtlinge

Berlin. Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat von der Bundesregierung unterschiedene Maßnahmen gefordert, die Flüchtlingszahlen zu senken. „Wir schaffen das bereits in diesem Jahr ehrlich gesagt nur mit Ach und Krach“, sagte Weil dem WESER-KURIER. Im vergangenen Vierteljahr hätten Länder und Kommunen „einen Druck erlebt, wie wir ihn uns vorher nicht hätten vorstellen können“. Nur durch einen Kraftakt habe man die Lage „halbwegs in den Griff“ bekommen können. „Wir müssen raus aus der Dynamik, die wir seit dem 5. September haben und die uns an den Rand unserer Möglichkeiten geführt hat“, betonte er.

Weil sprach sich dafür aus, die Verteilung der Flüchtlinge europaweit über feste Kontingente zu regeln. „Beim allerbesten Willen wird Deutschland nicht in der Lage sein, das europäische Problem alleine zu lösen.“ Er zitierte Bundespräsident Joachim Gauck: „Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Diese Haltung sei ihm persönlich „deutlich näher“ als das „Wir schaffen das“ der Bundeskanzlerin, sagte Weil. Scharfe Kritik übte der Ministerpräsident an der Arbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF): „Ich arbeite fast mein ganzes Berufsleben in großen öffentlichen Verwaltungen, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt.“ Das BAMF schiebe inzwischen mehr als 350 000 Anträge vor sich her. DÖE Interview Seite 14

WIRTSCHAFT

Werder auf Kreuzfahrt

15

Der SV Werder Bremen sticht in See: Im Sommer bietet der Verein ein Kinder-Fußballcamp auf dem Kreuzfahrtschiff „Serenade of the Seas“ an und folgt damit dem Beispiel des FC Bayern München.

KULTUR

Tipps für den Gabentisch

18 und 19

Alle Jahre wieder dieselbe Frage: Welche aktuellen Bücher, CDs und DVDs kann man den Lieben auf den Gabentisch legen? Wir stellen Ihnen die Auswahl der WESER-KURIER-Redaktion vor.

SPORT

Johannsson fällt noch länger aus

2 und 23

Aron Johannsson fehlt Werder bereits seit Ende September. Und auch aus der erhofften Rückkehr zum Rückrundentart wird wohl nichts. Der Stürmer hat weiterhin Beschwerden im Hüftbereich.

DER NORDEN

Lilienthals Bürgermeister tritt zurück

13

Willy Hollatz (Grüne), Bürgermeister in Lilienthal, hat überraschend seinen Rückzug aus der Politik angekündigt: Ende Oktober kommenden Jahres werde er das Amt abgeben, teilte Hollatz mit – drei Jahre vor dem Ende seiner Amtszeit. Die Mitteilung überraschte selbst die Grünen-Fraktion im Gemeinderat.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	7	Rätsel & Roman	26
Fernsehen	28	Tipps & Termine	6
Lesermeinung	21	Veranstaltungsanzeigen	27

Zschäpe bestreitet jede Täterschaft

München. Nach jahrelangem Schweigen hat die mutmaßliche Rechtsterroristin Beate Zschäpe jede Beteiligung an den Morden und Sprengstoffanschlägen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) bestritten. Im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München ließ Zschäpe ihren Anwalt Mathias Grasel am Mittwoch eine 53-seitige Aussage verlesen. Darin beteuerte sie, sie habe von den Morden und Anschlägen ihrer Freunde Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt immer erst im Nachhinein erfahren – und entsetzt und schockiert darauf reagiert. Die beiden seien aber ihre „Familie“ gewesen, deshalb habe sie sie nicht verlassen können. Sie sei auch kein Mitglied der Terrorgruppe NSU gewesen. Eine solche Gruppe habe es gar nicht gegeben. Sie räumte aber ein: „Ich fühle mich moralisch schuldig, dass ich zehn Morde und zwei Bombenanschläge nicht verhindern konnte.“ An die Opfer der NSU-Verbrechen wandte sich Zschäpe mit den Worten: „Ich entschuldige mich aufrichtig bei allen Opfern und Angehörigen der Opfer der von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt begangenen Straftaten.“

Die Angeschprochenen reagierten ungläubig und verärgert. „Dieser Aussage glaube ich kein Wort“, sagte Gamze Kubasik, die Tochter des 2006 in Dortmund ermordeten Kioskbetreibers Mehmet Kubasik. Die Aussage wirke total konstruiert, und Zschäpes Entschuldigung sei eine „Frechheit“. DPA Kommentar Seite 2-Bericht Seite 4

KOPF DES TAGES

Turid J. Honerud



Sie wird am Donnerstagabend dafür sorgen, dass es im Pier 2 laut, schrill und äußerst gut gelaunt zugeht: Turid J. Honerud. Die Norwegerin gastiert dort mit ihrer Band „Katzenjammer“, deren charmanter Stilmix seit 2005 immer mehr Musikfans verzaubert. Das Frauen-Quartett mischt munter Jazz, Rock, Balkan-Pop, Country und Chanson und zelebriert diese Mischung auf einem beinahe unendlichen Arsenal an Instrumenten. In Bremen stellen die vier ihr aktuelles Album „Rockland“ vor. SHE

LOTTO

6 aus 49 3 30 32 37 44 48 4
Spiel 77 4 2 7 6 2 7 2 Super 6 4 4 2 1 7 0
(Ohne Gewähr)

WETTER

Tagsüber 8° Nachts 6° Niederschlag 40%

Noch freundlich
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

